

**Kerstin Müller**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Außenpolitische Sprecherin

Kerstin Müller, MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

Lala Süsskind  
Jüdische Gemeinde zu Berlin  
Oranienburger Str. 28-31  
10117 Berlin  
Fax: 030 880 28 250

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
☎ (030) 227 - 71022  
☎ (030) 227 - 76480  
kerstin.mueller@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
Ebertplatz 21-23  
50668 Köln  
☎ (0221) 72 203 69  
☎ (0221) 9725710  
kerstin.mueller@wk.bundestag.de

Berlin, 08. Juli 2010

Sehr geehrte Frau Süsskind,

am 01. Juli hat der Deutsche Bundestag den fraktionsübergreifenden Antrag „Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen“ einstimmig angenommen.

Die jüdische Gemeinde zu Berlin protestiert mit ihrem Schreiben vom 07. Juli gegen den Bundestagsbeschluss. Hiermit möchte ich einige Erläuterungen zu den von Ihnen angesprochenen Punkten geben:

Zunächst einmal möchte ich deutlich machen, dass der fraktionsübergreifende Antrag von allen beteiligten Parteien vor dem Hintergrund der unbedingten Solidarität mit Israel und seinen Bürgern entworfen und verhandelt wurde. Ihre Behauptung, die Entschließung sei eine einseitige Parteinahme gegen Israel ist schon deshalb unhaltbar.

Gleich an mehreren Stellen des Antrages machen wir deutlich, dass „die legitimen Sicherheitsinteressen vollgewahrt bleiben“ müssen. Der Vorwurf, alleine Israel würde für die „neuerliche Eskalation“ verantwortlich gemacht, entbehrt jeglicher Grundlage. Im Antrag unter Ziffer 1.2 heißt es, dass die Schiffe vor allem das Ziel hatten „die bestehende Seeblockade, die Israel über Gaza verhängt hat, zu durchbrechen“ und es „Hinweise gibt, dass manche der Organisatoren der Flotte über Verbindungen zur radikalislamistischen Hamas und anderen radikalen islamistischen Organisationen verfügen“. Damit wird auch deutlich, dass sich der Bundestag mit dem Hintergrund der Flotte äußerst kritisch auseinandergesetzt hat.

Auch Ihre Behauptung, wir würden zu anderen Krisenherden der Welt derartige interfraktionelle Entschließungen nicht machen, ist schlicht falsch. Der Deutsche Bundestag hat sich insbesondere zu den Fragen Darfur, Armenien, Russland und allgemeinen Menschenrechtsfragen entsprechend geäußert: zu Darfur am 26.04.2007 (DS 16/5144) und mit „Freie und faire Wahlen im Sudan sicherstellen“ (DS 17/1158) erneut am 24.03.2010,

1



**Kerstin Müller**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Außenpolitische Sprecherin

zur „Erinnerung und Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern 1915“ (DS 15/5689) am 15.06.2005 sowie "Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte - Grundlage für 60 Jahre Menschenrechtsschutz" 16/11215 am 03.12.2008, "Rechtsstaatlichkeit in Russland stärken" 16/13613 am 01.07.2009. Auch der von Ihnen genannte Antrag "Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern" 16/10775 vom 4.11.2008 ist fraktionsübergreifend verabschiedet worden.

In keiner Weise wird im Antrag von einer demokratischen Legitimation der Hamas ausgegangen. Im Gegenteil: es wird deutlich gemacht, dass die Hamas Israels Existenzrecht anerkennen muss. Außerdem wird gefordert, dass der Raketenbeschuss aus Gaza sofort gestoppt werden muss.

Bezüglich der Blockade stellt der Antrag fest, dass sie der legalen wirtschaftlichen Entwicklung in Gaza abträglich ist und stattdessen eine illegale Schattenwirtschaft fördert, die die Hamas stärkt. Diese Einschätzung wird von vielen Experten, Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft in Israel geteilt. Das Einfuhrverbot etwa von Koriander und Spielzeug hat erklärtermaßen gar nicht das Ziel, die Einfuhr von Waffen zu verhindern, sondern will die gesamte Bevölkerung in Gaza für das inakzeptable Verhalten der Hamas in Kollektivstrafe nehmen. Es hat sich gezeigt, dass diese Sanktionen die illegale Tunnelwirtschaft der Hamas und die Islamisierung des Gaza-Streifens fördern. Sie schwächen die Arbeit der UNO, die sich nicht auf diese illegalen Güter stützen will, etwa beim Bau ihrer Schulen. Entwicklungsprojekte können nicht ungehindert durchgeführt werden, weil u.a. legal keine Baumaterialien eingeführt werden können. Diese Einschätzung wird sowohl von den UN als auch vom deutschen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geteilt.

Darüber hinaus bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass dies inzwischen auch die israelische Regierung erkannt zu haben scheint. Denn sie hat am 20. Juni im Kabinett genau das beschlossen, was unser Antrag fordert: die Streichung sämtlicher Einfuhrverbote für zivile Güter und eine sogenannte Negativliste für Waffen und waffenfähiges Material (siehe Ziffer II.4 des Antrages).

Im übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, dass im Gaza-Streifen zur Zeit fast keine entwicklungspolitischen Projekte mehr laufen, da die dafür benötigten Materialien bisher von Israel nicht hineingelassen werden. Dies könnte sich durch den jüngsten Kabinettsbeschluss erfreulicherweise nun ändern.

Der Antrag sagt auch nicht, dass keine Hilfsgüter nach Gaza gelangen, oder dort eine Hungerkrise herrsche. In Ziffer I.9 heißt es: „Bis zu 80 Prozent der Bevölkerung sind auf Lebensmittelhilfe und Transferleistungen angewiesen. Zwar herrscht in Gaza kein Mangel an Grundnahrungsmitteln und grundlegender medizinischer Versorgung, aber wirtschaftliche Entwicklung als Grundlage für ein Leben in Würde ist nicht möglich.“

Der erhobene Vorwurf, der fraktionsübergreifende Antrag sei einseitig, ist daher nicht haltbar. Uns eint das gemeinsame Interesse für einen Frieden in Nahost. Deutschland hat hier aufgrund seiner Geschichte und seines besonderen Verhältnisses zu Israel eine besondere Verantwortung. Diese nehmen die Mitglieder aller Fraktionen mit diesem gemeinsamen Antrag wahr.



**Kerstin Müller**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Außenpolitische Sprecherin

---

Ich würde mich freuen, wenn es in naher Zukunft die Gelegenheit gäbe, sich über die aktuelle Lage im Nahen Osten und andere Fragen, die die jüdische Gemeinden in Deutschland betreffen, auszutauschen.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Müller